

# Humboldt-Reden zu Europa



HUMBOLDT-UNIVERSITÄT ZU BERLIN  
WALTER HALLSTEIN-INSTITUT FÜR EUROPÄISCHES VERFASSUNGSRECHT



**Bertie Ahern, T.D.**

Premierminister von Irland

**“Europe- our Common Future”**

(deutsche Übersetzung)

**2. Juni 2005**

**(Es gilt das gesprochene Wort)**

**Rede des Taoiseach, Herrn Bertie Ahern**

**Humboldt-Universität zu Berlin**

**2. Juni 2005**

**Europa - Unsere Gemeinsame Zukunft**

Es ist eine große Ehre, eingeladen zu sein, eine Rede in der Humboldt-Universität zu halten.

Ich bin mir überaus bewusst, dass ich zu einer Zeit großer Unsicherheit für die Europäische Union spreche. Die Ablehnung der Europäischen Verfassung in Frankreich und den Niederlanden ist ein großer Rückschlag für die EU. Die Verfassung, für die so viele so hart gearbeitet haben, ist bedroht.

Der Vertrag wurde während der irischen Präsidentschaft der Union vereinbart. Ich hatte das ausserordentliche Privileg, die Verhandlungen unter den Mitgliedsstaaten zu leiten. Es wird Sie nicht überraschen, dass ich dem Vertrag und was er umfasst tief verpflichtet bin. Natürlich respektiere ich die Entscheidungen Frankreichs und der Niederlande, aber ich bin enttäuscht, dass dieses historische Projekt nun in solche Schwierigkeiten gekommen ist. Wir werden diese Krise durch Führung und Entschlossenheit überwinden. Irland als loyales und engagiertes Mitglied der Union wird tun was es kann, um den Prozess zu sichern und die gegenwärtigen Schwierigkeiten in einer positiven und konstruktiven Weise zu bewältigen.

Nun da Europa in den kommenden Wochen vor wichtigen Entscheidungen steht, sollte es die breitere Perspektive im Auge behalten. Die Europäische Union ist ein bemerkenswerter Erfolg bei der Förderung der Interessen seiner Mitgliedsstaaten und Bevölkerungen gewesen, und dabei, ihre Werte in der Welt voranzubringen. Unsere Welt, auch Gebiete nicht allzu weit von den Grenzen der Union entfernt, ist eine Welt, die viel Instabilität und Unterdrückung kennt, eine Welt, deren Menschen oft große Armut und sogar Kriege erleiden. In dieser Welt hat Europa – mit all seiner Unvollkommenheit – das Glück, eine Oase des Wohlstands, ein Anker der Stabilität und ein Leitstern der demokratischen Werte zu sein. Ich habe keine Zweifel, dass dies so bleiben wird.

Wenn irgend jemand den Wert der Europäischen Union in Zweifel zieht, was einige jetzt tun, sollten sie vergleichen, wie Europa zu Beginn dieses Jahrhunderts der Hoffnung daran geht, seine Schwierigkeiten zu meistern, und wie es Europa zu Beginn des letzten Jahrhunderts ergangen ist.

Die historische Bedeutung der EU-Verfassung ist nicht, dass sie das Wesen unserer Union ändern würde. Im Gegenteil, sie würde das Wesentliche und ihre Gleichgewichte beibehalten, sie jedoch effizienter und demokratischer machen.

Die tiefere Bedeutung der EU-Verfassung ist, dass sie uns die Aussicht auf ein stabiles, schlüssiges und veinbartes System für unsere einzigartige und immer komplexere Union bietet.

Während unserer Präsidentschaft im letzten Jahr wussten wir, dass unsere erste Aufgabe das Zuhören war. Das hat uns erlaubt, die Bedenken jedes einzelnen Mitgliedsstaates zu berücksichtigen und hat zu dem Vertrauen beigetragen, das eine Einigung auf den Vertrag ermöglicht hat. Wir sollten nun in den kommenden Wochen hinhören, was die Wähler in Frankreich und den Niederlanden uns gesagt haben. Wir sollten darauf hören, was wir von anderswo aus der Union gehört haben, wo neun Mitgliedsstaaten die Verfassung bereits ratifiziert haben. Wir sollten einander zuhören. Wir sollten den Menschen in unseren Ländern zuhören. Wenn wir das tun, bin ich mir sicher, dass wir die gemeinsame Weisheit und Entschlossenheit erlangen, um den zukünftigen Kurs festzulegen.

Der Prozess der europäischen Integration hat in der Vergangenheit schon viele Rückschläge erlebt und hat sie bewältigt. Aber eines ist ganz sicher. Die gemeinsamen Herausforderungen für Europas Mitgliedsstaaten bleiben bestehen. Sie können nur im Rahmen der Europäischen Union effektiv behandelt werden.

Die Europäische Union verdankt ihre Existenz der bedeutenden Partnerschaft zwischen Frankreich und Deutschland. Diese Partnerschaft war Mittelpunkt der revolutionären Machtbeteiligung in den Kohl- und Stahl-Industrien im Jahr 1952. Diese Partnerschaft war Mittelpunkt bei der Schaffung der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft im Jahr 1958. Diese Partnerschaft stand eigentlich im Mittelpunkt jeden Schritts im großartigen Erfolg der europäischen Integration. Ohne sie wäre Europa nicht wohlhabend, friedlich und frei. Ohne sie

kann Europa nicht florieren. Ich bin mir sicher, dass Frankreich und Deutschland eine ausschlaggebende Rolle dabei spielen werden, Europa vorwärts zu führen.

Wir müssen nun um jeden Preis Pessimismus und Überreaktionen vermeiden. Ja, wir haben Probleme. Und ja, wir müssen beginnen, die Dinge besser, sogar viel besser zu machen. Durch Zusammenarbeit können und werden wir das tun. Davon bin absolut überzeugt. Ich bin mir jedoch ebenso sicher, dass, wenn Europa anfängt in gegensätzliche Richtungen zu streben, wir angesichts all der bevorstehenden Herausforderungen den Kürzeren ziehen werden.

Die Reihe der öffentlichen Vorträge an der Humboldt-Universität während der letzten fünf Jahre hat einen bedeutenden Beitrag zur politischen Debatte zu europäischen Fragen geleistet.

Vielleicht war die visionärste und herausforderndste Rede in dieser Reihe, die am 12. Mai 2000, als Joschka Fischer seine persönliche Betrachtung des endgültigen Ziels der europäischen Integration vorgetragen hat. Minister Fischers Gedanken und Vorschläge waren breitgefächert, regten zum Nachdenken an und waren nicht wenig kontrovers. Er erkannte die Notwendigkeit, der Zielrichtung Europas mehr Aufmerksamkeit zu widmen. Er brachte intellektuelle Genauigkeit und politische Gewissheit in die vagen Empfehlungen in den Verträgen für eine immer enger werdende Union. Kurzgesagt wollte er das definieren, was er die Finalität oder Vollendung der europäischen Integration nannte.

Obwohl sich einige Elemente von Minister Fischers Spekulationen als zu ehrgeizig oder zu integrierend für eine große Anzahl von Mitgliedsstaaten erwiesen haben, stellten sich andere Teile seiner Rede als vorausschauend heraus. Seine Hinweise auf eine europäische Verfassung und einen Verfassungsvertrag waren Vorboten der Debatten im Konvent und der folgenden Regierungskonferenz.

Kern der Rede vom Mai 2000 war ein tiefgreifendes Verständnis der einzigartigen Natur der Europäischen Union. Historisch gesehen ist die Union ohne Beispiel. Sie hat sich durch starke politische Führung entwickelt, vor allem inspiriert von den Erfahrungen eines Kontinents, der zu einem hohen Preis das verheerende Wesen des uneingeschränkten Nationalismus und die Politik des europäischen Gleichgewichts erfahren hat.

Für Millionen von Menschen, die innerhalb der Union aufgewachsen sind, ist die EU nun ein wesentlicher Bestandteil ihres täglichen Lebens. Die ursprüngliche Begeisterung, die durch die Schaffung der europäischen Integration entstanden war, hat sich leider teilweise gelegt. Der Idealismus, der Anlass dafür war, neue Wege zur Überwindung historischer Rivalitäten zu suchen, die Souveränität durch gemeinsame supranationale Institutionen zusammen zu legen, wird nun mit Zynismus und Misstrauen in Frage gestellt.

Wir lassen uns zu leicht von unserem europäischen Haus enttäuschen. Paradoxerweise wird die Europäische Union Opfer ihres eigenen Erfolges. Frieden, wirtschaftliche Entwicklung und die globale Rolle der EU, untermauert von den organisatorischen Strukturen und Entscheidungsmechanismen der Verträge werden als selbstverständlich betrachtet.

Vielleicht müssen wir uns mehr bei der Vermittlung der Erfolge Europas bemühen. Nehmen Sie zum Beispiel die letzten fünfzehn Jahre. Deutschland ist friedlich wiedervereinigt. Die Berliner Mauer ist weg. Der Eiserne Vorhang ist weg. Die Staaten, die jahrelang unter kommunistischer Unterdrückung gelitten haben, sind frei und bereits der Union beigetreten oder auf dem Wege dazu. Wir haben die Wirtschafts- und Währungsunion implementiert. Wir haben eine gemeinsame Währung. Wir haben einen großen und hochentwickelten Binnenmarkt geschaffen, der Menschen und Unternehmen noch nie dagewesene Möglichkeiten bietet.

Wir nehmen all dies zu leicht. Nichts davon ist zufällig passiert. Alles war geplant, verhandelt, beschlossen und implementiert gemäß den Verträgen und innerhalb unserer gemeinsamen EU-Institutionen.

Und trotz dieser Erfolge, trotz der bewiesenen Fähigkeit der EU, schwierige Entscheidungen zur Sicherung der zukünftigen politischen, wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung der EU zu treffen, glauben Unions-weit viele Menschen, dass wir uns nicht wirksam den Herausforderungen ihres täglichen Lebens stellen.

Die Wurzeln dieses Klimas von Unsicherheit und sogar von Furcht liegen im wirtschaftlichen Bereich. All unsere Länder stehen ernsthaften und schwierigen wirtschaftlichen Herausforderungen gegenüber. Globalisierung, älter werdende Bevölkerungen, Wettbewerbsfähigkeit, Innovation und Investitionen in Forschung und Entwicklung sind Fragen, die alle fünfundzwanzig Mitgliedsstaaten betreffen.

In den nationalen Debatten zur europäischen Verfassung geben die Wähler ihren Bedenken Ausdruck, dass ihre Arbeitsplätze durch Billigerzeuger in den neuen Mitgliedsstaaten in Gefahr sind. Es gibt Befürchtungen, dass es ein Wettrennen zum niedrigsten Stand geben wird und eine Schwächung der Sozialsysteme. Die Menschen befürchten, dass Arbeitnehmer aus den neuen Mitgliedsstaaten bereit sind, Arbeiten mit niedrigeren Löhnen anzunehmen, was die Löhne aller Arbeiter senken würde.

Die Befürchtungen und Ängste über den Wettbewerb aus den neuen Mitgliedsstaaten müssen klar und überzeugend widerlegt werden. Der Beitritt der zehn neuen Staaten in die Union am 1. Mai letzten Jahres bedeutet eine nie dagewesene Gelegenheit für die EU, aber keine Bedrohung. Diese Länder bringen bereits jetzt neue Tatkraft, neue Energie und neue Perspektiven in die Union ein. Ihre Volkswirtschaften beginnen stark zu wachsen. Sie bedeuten wichtige neue Märkte für unsere Exporte. Sie werden in den kommenden Jahren einen wesentlichen Beitrag zur europäischen Wirtschaft leisten.

Ja, es wird zu Wettbewerb mit den preiswerten Erzeugern kommen. Ja, wir werden auch einige Wirtschaftsmigration aus diesen Ländern erfahren. Aber dies wird durch die neuen Chancen, die sich unseren Industrien in diesen Ländern öffnen, mehr als ausgeglichen. Und natürlich werden mit der Zeit, während sich die neuen Mitgliedsstaaten entwickeln, ihre Produktivität steigen, ihre Löhne und Gehälter ansteigen und ihre Wettbewerbsvorteile sich vermindern. Den gleichen Weg sind Irland, Spanien, Portugal und Griechenland gegangen. Irland war bei seinem Beitritt das ärmste Mitgliedsland. Wir sind keine Niedrigpreis-, Niedriglohn-Wirtschaft mehr. Unsere zukünftige wirtschaftliche Entwicklung wird sich auf Innovation, Bildung und Forschung verlassen und sich auf Hochtechnologie und hochwertige Produktion konzentrieren.

Die neuen Mitgliedsstaaten haben sich bereits auf den Weg einer langfristigen Wirtschaftsentwicklung innerhalb der Union begeben. Sie haben alle das Acquis der Union anerkannt und sind verpflichtet, EU-Recht in allen Bereichen einzuführen. Ihre fortschreitende Integration in die breitere EU-Wirtschaft wird sicherstellen, dass sie sich mit der Zeit dem EU-Durchschnitt im Lebensstandard und dem Pro-Kopf-BIP nähern.

Die wirkliche Herausforderung für Irland, für Deutschland und für alle fünfundzwanzig Mitgliedsstaaten ist nicht der Niedrigpreis-Erzeuger in Polen oder der Slowakischen Republik, es ist der Niedrigpreis-Erzeuger in China und in Indien. Es ist die steigende Anwesenheit von

brasilianischen Produzenten auf den Weltmärkten. Es ist der Vorsprung auf dem Gebiet Forschung und Entwicklung von Japan und den Vereinigten Staaten.

Der Anstieg der asiatischen Wirtschaften wird meiner Meinung nach einer der entscheidenden Merkmale des 21. Jahrhunderts sein. Andererseits stehen diese sogenannten Tiger vor einer Reihe gewaltiger Probleme: in vielen Fällen ein Mangel an Demokratie, schwache Leistungen in Menschenrechtsfragen, Korruption, krasse Ungleichheiten und der Druck, sich von festen Wechselkursen zu lösen. Andererseits geht der langfristige Trend in diesen Wirtschaften trotz dieser bedeutenden Probleme in Richtung Wachstum, schnelle Entwicklung und erheblich gesteigertes Gewicht in der globalen Wirtschaft.

Die EU muss sich dieser Herausforderung noch stellen. Anstatt sich auf das relativ unwichtige Problem des Wettbewerbs zwischen den EU-Mitgliedsstaaten zu konzentrieren, sollten wir uns mehr auf die Wettbewerbsbedrohungen für die Union als Ganzes in der globalen Arena konzentrieren. Das bedeutet, dass wir Fragen wie zum Beispiel staatliche Förderung in einem neuen Licht sehen müssen. Wir müssen die weitreichenden Investitionen, die aus Drittländern in die EU kommen, insbesondere im Hochtechnologiebereich, als Vorteil für die gesamte Union erkennen. Gleichzeitig ist der Verlust von Investitionen in irgendeinem der fünfundzwanzig Länder an einen Mitbewerber der EU auf dem globalen Markt ein Verlust für uns alle.

Der wirtschaftliche und soziale Fortschritt in Deutschland ist eindeutig im Interesse Irlands. Und umgekehrt ist Irlands wirtschaftliche Entwicklung in Deutschlands Interesse. Ich sehe uns nicht in direkter Konkurrenz. Stattdessen sehe ich uns in Zusammenarbeit, um sicherzustellen, dass die EU Handelsmöglichkeiten und Investitionsflüsse beschafft, die ansonsten an Asien oder Lateinamerika gehen würden.

Ratifizierung und Einführung der Europäischen Verfassung würde es Europa ermöglichen sich der raschen Umwandlung der globalen Wirtschaft mit mehr Tatkraft zu stellen als bisher möglich. Im letzten Jahrzehnt haben wir in Europa einen großen Teil unserer politischen Energie auf dringende interne Angelegenheiten verwandt. Die deutsche Einigung, die EU-Erweiterung, die aufeinanderfolgenden Vertragsänderungen und die EWU haben verständlicherweise einen Großteil unserer Aufmerksamkeit verlangt. In der Zwischenzeit hat sich die Welt jedoch weiter gedreht, und wir sind nicht in der best möglichen Position, sicherzustellen, dass die Interessen Europas geschützt und gefördert werden.

Die Wiederbelebung der europäischen Wirtschaft ist die zentrale Herausforderung. Die Union, für deren Schaffung und Entwicklung wir alle so hart gearbeitet haben, wird die Loyalität und Unterstützung der Bürger Europas nicht gewinnen, wenn unsere Rhetorik und die Wirklichkeit des täglichen Lebens der Bürger weit auseinander klaffen. Aber indem wir uns mit den wirtschaftlichen und sozialen Problemen unserer Union befassen, sollten wir vermeiden so mutlos, so von Angst getrieben zu sein, dass unser Pessimismus unsere gemeinsamen Anstrengungen, das Vertrauen unserer Bürger in Europas Zukunft wiederzubeleben, untergräbt.

Wir müssen die kulturelle Vielfalt Europas erkennen, die Verpflichtung zu sozialer Solidarität, den guten Ruf als globaler Verfechter in Umweltfragen, das große Reservoir an weltweit bekannten Qualitätsmarkenartikeln, vom irischen Whiskey bis zu deutschen Fahrzeugen, die großartige Infrastruktur und die gutausgebildeten und innovativen Menschen als wahre Stärke für die Zukunft.

Wir müssen nun hart daran arbeiten, auf diesen Stärken aufzubauen, wir müssen in Forschung und Entwicklung investieren, uns auf Bildung und lebenslanges Lernen konzentrieren, um den Menschen die Fähigkeiten und Kenntnisse zu vermitteln, um sicherzustellen, dass Europa seine einzigartige Lebensform in unserer globalisierten Welt beibehält. Auch müssen wir die Vorteile unseres Binnenmarktes optimieren, einschließlich des Dienstleistungsmarkts.

Den Status quo in Europa zu erhalten, ist keine Option für die Zukunft. Auch nicht die Schaffung von Schutzbarrieren. Beide Ansätze sind Rezepte für Stagnation und einen langsamen Rückgang in Europas wirtschaftlicher und sozialer Position.

Europas Regierungen werden die Verpflichtungen implementieren müssen, die wir bei der Wiederbelebung der Lissabon-Agenda eingegangen sind. In Zusammenarbeit miteinander und mit den Sozialpartnern müssen wir global denken, um die Voraussetzungen für Wirtschaftswachstum und Beschäftigung überall in der Union zu schaffen. Wir müssen der zukünftigen Entwicklung der langfristigen strategischen Beziehungen zu China, Indien und Mercosur mehr Augenmerk widmen. Und natürlich müssen wir fortfahren, unsere Beziehungen zu den Vereinigten Staaten zu vertiefen und zu entwickeln. Die transatlantischen Beziehungen sind die stärksten und bedeutendsten unserer Aussenbeziehungen und werden dies auch bleiben. Die Union und die Vereinigten Staaten müssen einander zuhören, von einander lernen und enger

zusammenarbeiten, um sicherzustellen, dass unsere Regierungen die Meister des Globalisierungsprozesses bleiben und nicht dessen Diener sind.

Kommentatoren aus Politik und Wirtschaft suggerieren gerne, dass innerhalb der Union eine tiefe Kluft dazwischen besteht, was angelsächsische Modelle der Wirtschaftsentwicklung und soziale Marktwirtschaft genannt wird. Diese Debatte wurde in die nationalen Debatten zur Europäischen Verfassung eingebracht. In einem Land sagt man, dass der Vertrag übermäßig durch neo-liberale Politik beeinflusst ist. In einem anderen Land glaubt man, dass der Vertrag die soziale Solidarität weiter fördert auf Kosten der Wirtschaftsreform.

Ich stimme nicht zu, dass es fundamental verschiedene Ansätze zu wirtschaftlichen und sozialen Fragen in den Mitgliedsstaaten gibt. Eine sorgfältige Analyse zeigt, dass diejenigen Mitgliedsstaaten, die stark ihre Verpflichtung zur sozialen Solidarität kundtun, auch eine unerwartete Leistung in Bezug auf Liberalisierung, Wettbewerb und Innovation vorweisen. Ebenso haben Mitgliedsstaaten, die die Bedeutung von Flexibilität, Liberalisierung und Wettbewerb hervorheben, auch ein unerwartet hohes Maß an sozialer Sicherung und eine Verpflichtung zu der Entwicklung starker und effektiver öffentlicher Dienste haben.

Tatsache ist, dass die Mitgliedstaaten mit dem zum Teil höchsten Niveau von Sozialschutz auch zu den produktivsten gehören, während die Mitgliedstaaten, die am weitesten auf dem Weg zu wirtschaftlicher Reform vorangeschritten sind, einige der besten Sozialeinrichtungen genießen.

Die Debatte um neo-liberale gegen soziale Marktwirtschaft ist eher eine Frage der Gewichtung, denn einer tiefen Kluft zwischen zwei entgegengesetzten Ansichten. Zwar begünstigt die Europäische Verfassung weder linke, rechte, sozialistische, neo-liberale oder konservative Politik, jedoch verkörpert sie einen Wertesatz, der allen EU-Mitgliedstaaten gemein ist: die Achtung der Würde des Menschen, Freiheit, Demokratie, Gleichheit, die Rechtsstaatlichkeit und die Achtung der Menschenrechte.

Die Verfassung zeigt auch auf, welche Art von Gesellschaft die Europäer wollen – eine Gesellschaft in der Pluralismus, Nichtdiskriminierung, Toleranz, Gerechtigkeit, Solidarität, sowie die Gleichheit zwischen Mann und Frau vorherrschen.

In seiner Rede vom März 2000 bezog sich Minister Fischer auf “das Projekt einer europäischen Verfassung, deren Kern die Verankerung der Grund-, Menschen- und Bürgerrechte, einer gleichgewichtigen Gewaltenteilung zwischen den europäischen Institutionen und einer präzisen Abgrenzung zwischen der europäischen und der nationalstaatlichen Ebene sein muss“. Und das ist im Wesentlichen, was wir in der Europäischen Verfassung haben.

Obwohl jeder Mitgliedsstaat zu Recht die ausschließliche Verantwortung für das Steuerwesen, Sozialversicherung, Gesundheit und Erziehung behält, da diese in unserem Europa der Nationalstaaten Kernstücke nationaler Souveränität sind, so spiegelt die Europäische Verfassung doch die gemeinsamen Werte wider, die uns alle verbindet. Es sind diese Werte, die die Union in die globale Arena einbringt, und welche all unsere Politik und alle unsere Handlungen auf nationaler und internationaler Ebene untermauert.

Die Verfassung wurde über einen Zeitraum von 30 Monaten verhandelt. Keine andere multilaterale Verhandlung zwischen souveränen Staaten wurde je so offen geführt, oder ist so weit gegangen, um sicher zu stellen, dass alle Ansichten gehört und berücksichtigt wurden. Da ich diese Verhandlungen in der Endphase geführt habe, und sechs Monate kreuz-und-quer durch Europa reiste, um zuzuhören, zu beraten, zu ermutigen und, zeitweilig, auch mit meinen Kollegen im Europäischen Rat zu streiten, weiß ich aus eigener Erfahrung, wie schwierig diese Verhandlungen waren.

Die Europäische Verfassung, die aus diesem offenen, demokratischen und intensiven Verhandlungsprozess hervorging, versucht eine Basis für eine wirkungsvolle EU mit 25 oder mehr Mitgliedstaaten zu schaffen. Die Verfassung spiegelt Europa’s Kernwerte wider, sowie die Art von Gesellschaft, die sich die Europäer wünschen. Sie spiegelt deutlich Europas Tradition hinsichtlich sozialer Solidarität wider. Sie gibt den Bürgerinnen und Bürgern Europas neue Rechte. Sie macht die EU demokratischer und rechenschaftspflichtig, auch durch neue Rechte für das Europäische Parlament und für nationale Parlamente. Sie stärkt Europas Rolle in der Welt.

Unsere Union ist einzigartig: weder eine internationale Organisation, noch eine Föderation, sondern ein noch nicht dagewesenes Experiment von Souveränitätsteilung,

dab wo es sinnvoll erscheint. Eine der großen Stärken der Verfassung ist die Ausgewogenheit, die sie repräsentiert.

Wie ich bereits zuvor erwähnt habe, hat die Ablehnung der Verfassung durch die französischen und niederländischen Wähler in deren Referenda weitreichende Folgen für Europa. Das negative Ergebnis in diesen beiden Gründungsmitgliedstaaten ist offensichtlich ein ernster Rückschlag. Es ist dies eine machtvolle Demonstration des Gefühls der Abgetrenntheit zwischen dem, was viele Wähler in ihrem täglichen Leben als wichtig erachten, wie zum Beispiel Arbeit, soziale Sicherheit und der Kampf gegen Kriminalität, und ihrer Vorstellung von der Europäischen Union. Deutlich erkennbar glauben viele Wähler, dass die Union weit von ihren täglichen Belangen entfernt ist, und dass diese dort, wo es zählt, kaum Leistung erbringt.

Die Abstimmungen in Frankreich und den Niederlanden bestätigen, was ich in meinen Bemerkungen an diesem Abend hervorheben wollte. Der Europäische Rat und die Regierungen der Mitgliedstaaten müssen sich in starkem Maße auf die wettbewerblichen Herausforderungen konzentrieren, die sich Europa auf dem globalen Markt entgegen stellen. Wir müssen die Bürgerinnen und Bürger Europas davon überzeugen, dass die EU hart daran arbeitet, wirtschaftliche und soziale Fragen zu bewältigen. Das Ironische daran ist, dass die Europäische Verfassung in starkem Maße die Fähigkeit der Union verbessert, die Interessen Europas und dessen Arbeitnehmer im Weltmarkt zu schützen und zu fördern.

Im Umgang mit der jetzigen Situation, müssen wir uns vom Vertrag über eine Verfassung für Europa leiten lassen, der von allen 25 Mitgliedstaaten unterzeichnet wurde. Der Vertrag bestimmt, dass er am 1. November 2006 in Kraft treten wird, vorausgesetzt, dass alle Mitgliedstaaten diesen ratifiziert haben. Demnach ist klar, dass die Europäische Verfassung nur in Kraft treten kann, wenn alle Mitgliedstaaten ratifiziert haben.

Eine Vereinbarung, die dem Vertrag angefügt wurde, besagt, dass, wenn nach zwei Jahren nach der Unterzeichnung des Vertrages vier Fünftel diesen ratifiziert haben und eines oder mehrere Mitgliedstaaten bei der Ratifizierung auf Schwierigkeiten gestoßen sind, die Angelegenheit an den Europäischen Rat weitergeleitet wird.

Zu diesem Zeitpunkt haben neun Mitgliedstaaten, einschließlich Deutschland, den Vertrag ratifiziert, und zwei Mitgliedstaaten haben ihn abgelehnt. Im Fall Irland haben wir jetzt die Gesetzesvorlage veröffentlicht, die ein nationales Referendum über die Europäische Verfassung gewährleistet. Wir führen die Vorbereitung für dieses Referendum weiter. Wir werden selbstverständlich das Ergebnis der Diskussion im bevorstehenden Europäischen Rat berücksichtigen. Im Rat werden die Staats- und Regierungsoberhäupter sorgfältig über die beste Vorgehensweise nachdenken müssen, wie der Ratifizierungsprozess zum Abschluss gebracht werden kann.

Die EU muss über die Folgen der französischen und niederländischen Abstimmungen nachdenken. Wir müssen gänzlich verstehen, warum die Wähler in Frankreich und den Niederlanden die Europäische Verfassung abgelehnt haben. Der bevorstehende Europäische Rat wird daher besonderes Interesse den Kommentaren von Präsident Chirac und Premierminister Balkenende zu der Situation in ihren Ländern und ihren Ansichten, wie es zu diesem Nein kommen konnte, entgegen bringen.

Es ist auch notwendig die Vorschläge von Frankreich und den Niederlanden zu hören, wie man am besten auf die Belange der Bevölkerung dieser beiden Länder eingeht.

In der Verarbeitung dieser beiden wichtigen Abstimmungen müssen wir hellichtig und vor allem vereint bleiben. Die Botschaft, die uns aus Frankreich und den Niederlanden gesandt wurde, ist nicht nur an diese Regierungen gerichtet, sondern an alle Mitglieder des Europäischen Rats. Wir müssen diese Botschaft kollektiv und im Geist gegenseitiger Unterstützung und Verständnis behandeln. Obwohl der Weg nach vorn nicht klar ist, können wir nur durch auf die Verträge gestützte kollektive Handlungen, und unser gemeinsames Engagement für die Bevölkerung Europas die Bedenken, die von den Wählern in Frankreich und den Niederlanden in Bezug auf die Zukunft zum Ausdruck gebracht wurden, erfolgreich widerlegen.

Wir müssen zeigen, dass Europa wichtig ist, und dass die Europäische Verfassung wichtig ist. Wir müssen durch unsere Taten beweisen, dass Europas Führungspersonlichkeiten zuhören und auf die Botschaft, die sie uns gesandt haben, reagieren.

In diesem Jahr feiert Deutschland, und in der Tat ganz Europa, den 200. Todestag des großen deutschen Poeten und Dramatikers Friedrich von Schiller. Schiller verfasste das Gedicht "An die Freude", die Beethoven vertonte, und nunmehr in der Verfassung als offizielle Hymne Europas anerkannt wurde.

Ich habe schon zuvor über den Verlust von Idealismus in einer reifer werdenden und sich verändernden EU gesprochen. Schiller sagte: "habe Achtung für die Träume deiner Jugend". Die Union wurde von Persönlichkeiten geschaffen, die sich dem Traum eines freien, friedlichen, vereinten Europas als einer Kraft für das Gute in der Welt verpflichteten.

Wir müssen, wie Schiller rät, diesen Traum achten.

Vielen Dank.